

Germany-Freiburg im Breisgau: Security services

OJ S 137/2023 19/07/2023

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Regierungspräsidium Freiburg

Postal address: Heinrich-von-Stephan-Straße 25

Town: Freiburg

NUTS code: DE131 Freiburg im Breisgau, Stadtkreis

Postal code: 79100

Country: Germany

Contact person: Referat 15.2 - Flüchtlingsaufnahme

E-mail: Vergabestelle152@rpf.bwl.de

Internet address(es):

Main address: <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpf/Seiten/default.aspx>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://ausschreibungen.landbw.de/Satellite/notice/CXR6YYGYHR5/documents>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via:

<https://ausschreibungen.landbw.de/Satellite/notice/CXR6YYGYHR5>

I.4. Type of the contracting authority

Regional or local authority

I.5. Main activity

General public services

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Sicherheits-, Kontroll- und Pfortendienst in der Landeserstaufnahmeeinrichtung für

Asylsuchende in Freiburg

Reference number: 135-386

II.1.2. Main CPV code

79710000 Security services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Sicherheits-, Kontroll- und Pfortendienst
in der Landeserstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende in Freiburg.

II.1.5. Estimated total value

Value excluding VAT: 19 034 000,00 EUR

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE131 Freiburg im Breisgau, Stadtkreis

Main site or place of performance: Landeserstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende Freiburg
Müllheimer Str. 7 79115 Freiburg i. Br.

II.2.4. Description of the procurement

Sicherheits-, Kontroll- und Pfortendienst in der Landeserstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende in Freiburg.

Im Betrieb sind grundsätzlich folgende Schichtstärken vorgesehen:

- Montag bis Freitag von 08.00 Uhr bis 20.00 Uhr (Tagschicht):

1 Objektleitung, 1 Schichtleitung und 23 Sicherheitskräfte.

- Am Wochenende und feiertags von 08.00 Uhr bis 20.00 Uhr (Tagschicht):

1 Schichtleitung, 1 stellv. Schichtleitung und 18 Sicherheitskräfte.

- Montag bis Sonntag (inkl. feiertags) von 20.00 Uhr bis 08.00 Uhr (Nachtschicht):

1 Schichtleitung, 1 stellv. Schichtleitung und 18 Sicherheitskräfte.

II.2.5. Award criteria

Criteria below

Quality criterion - Name: Konzeptioneller Angebotsteil / Weighting: 50 %

Cost criterion - Name: Preis / Weighting: 50 %

II.2.6. Estimated value

Value excluding VAT: 19 034 000,00 EUR

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Duration in months: 48

This contract is subject to renewal: yes

Description of renewals:

Der Vertrag sowie der Leistungszeitraum verlängern sich nach Ablauf des Vertrages automatisch um ein weiteres Jahr, soweit keine Vertragspartei der Verlängerung gegenüber der anderen Vertragspartei bis spätestens sechs Monate vor dem jeweiligen Vertragsablauf schriftlich widerspricht. In der Folge gilt diese Verlängerungsregelung für jeden Ablauf dieses Vertrages, davon abweichend endet dieser Vertrag jedoch in jedem Falle am 16.10.2027 um 20:00 Uhr.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

Schichtstärken:

Aufgrund spezieller, nicht vorhersehbarer Ereignisse oder bei einer hohen Belegung der Einrichtung kann eine Aufstockung des Sicherheitspersonals notwendig werden. Sinkende Asylsuchendenzahlen, eine geänderte Steuerung des Asylsuchendenzustroms, ein vermindertes Sicherheitsrisiko oder sonstige Ereignisse können überdies zu einer Reduzierung des Sicherheitspersonals führen.

Der AG ist berechtigt, eine Aufstockung der Sicherheitskräfte zu verlangen; konkret ist einem Aufstockungsverlangen um bis zu 25 % spätestens innerhalb einer Woche und um bis zu 50 % spätestens innerhalb eines Monats über die Zahlen der Regelbesetzung hinaus nach Mitteilung des AG in Textform an den AN durch diesen nachzukommen.

Eine Absenkung um bis zu fünf Sicherheitskräfte unter die Zahlen der Regelbesetzung kann der AG binnen fünf Wochen zum Monatsende verlangen, um bis zu zehn Sicherheitskräfte unter die Zahlen der Regelbesetzung binnen drei Monaten.

Nach Absprache zwischen den Vertragsparteien werden die Personalstärken fortlaufend in angemessener Weise den aktuellen Gegebenheiten angepasst.

Preisgleitklausel:

Die angebotenen Preise sind als feste Einheitspreise unveränderlich. Eine Anpassung, Änderung oder Erhöhung der Vergütung ist grundsätzlich ausgeschlossen; § 313 BGB bleibt hiervon unberührt. Bei einer Vertragsverlängerung nach § 11 Absatz 2 des Dienstleistungsvertrages kann davon abweichend aufgrund tarifvertraglich oder gesetzlich gebundener Lohnänderung betreffend den vor Ort eingesetzten Sicherheitsdienstmitarbeitern (einschließlich Objekt- und Schichtleiter) eine Erhöhung oder Verminderung der Vergütung um die entsprechenden Mehr-/Minderaufwendungen für Lohn- und lohnabhängige Kosten erfolgen. Der Auftragnehmer hat bei einem Erhöhungsverlangen die tarifvertraglichen oder gesetzlich gebundenen Lohnänderungen sowie die entsprechenden Anpassungen der tatsächlich gewährten Lohnzahlungen nachzuweisen. Die Änderungen des Vergütungssatzes aufgrund Tarifänderung oder gesetzlich gebundener Lohnänderung treten am Ersten des auf die schriftliche Mitteilung des AN folgenden Monats in Kraft, wobei der Zugang beim Auftraggeber maßgeblich ist, ohne dass es insoweit einer Änderung oder Kündigung des bestehenden Vertrages bedarf. Im Falle einer Nichttarifgebundenheit gilt diese Regelung entsprechend für Lohnerhöhungen, welche der Auftragnehmer tatsächlich gewährt und nachweist, jedoch maximal in der Höhe der jeweiligen Tariflohnerhöhung. Die Lohnänderung wird in der Weise pauschal berücksichtigt, dass der im Preisblatt jeweils angegebene Netto-Vergütungswert zu 90 % um die Lohnänderung angepasst wird. Rechenbeispiel: Beträgt der Stundenvergütungssatz für einen Objektleiter netto 18,00 Euro und erfolgt eine Tarifierhöhung um 2,0 %, so werden 90 % der 18,00 Euro um 2,0 % erhöht, sodass sich ein neuer Stundenvergütungssatz von 18,32 Euro netto ergibt: $18,00 \times 0,9 \times 1,02 + 18 \times 0,1 = 18,32$.

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

- Bewachungserlaubnis nach § 34a Abs.1 Satz 1 GewO

- Erklärung über Gewerbeeintrag des Unternehmens (Anlage 1 Bietererklärung)
- Eigenerklärungen des Bieters über seine Zuverlässigkeit (vgl. §§ 123, 124 GWB) (Anlage 1 Bietererklärung)

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

- Angabe über das Bestehen einer Betriebs-/Berufshaftpflichtversicherung (Anlage 1 Bietererklärung)
- Die Anlage 10 "Bieterfragebogen" ist vollständig auszufüllen. Die Angaben dienen der Beurteilung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit des Bieters im Rahmen der Eignungsprüfung (insbesondere Unternehmensumsätze der letzten drei Geschäftsjahre und Angabe, welcher Anteil des Umsatzes auf Leistungen der hier ausgeschriebenen Art entfallen).

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

- Anlage 9 Referenzliste: Angabe von mindestens 3 Referenzen aus den vergangenen drei Jahren, die nach Art, Umfang und Schwierigkeitsgrad mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sind. Die Vergleichbarkeit bezieht sich insbesondere auf die Art der Einrichtung bzw. die dort vorhandene Zielgruppe und muss im Schwierigkeitsgrad mit der ausgeschriebenen Sicherheitsdienstleistung vergleichbar sein.
 - Nennung der Anzahl der beschäftigten Mitarbeiter/-innen (weltweit/deutschlandweit) (Anlage 10 Bieterfragebogen)
 - Angabe, welche Teile des Auftrags (Art und Umfang) das Unternehmen unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt (Anlage 12 Unterauftragnehmer)
 - Nachweise für mindestens fünf Sicherheitskräfte im Unternehmen des Bieters, die als Fachkraft für Schutz und Sicherheit (FKSS oder vergleichbar) geprüft wurden. Als Nachweis ist das Prüfungszeugnis der Prüfstelle (z. B. IHK) in Kopie beizulegen. Die in den Prüfungszeugnissen genannten Sicherheitskräfte müssen zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe sozialversicherungspflichtig beim Bieter angestellt sein; der Einsatzort ist unerheblich und ein Einsatz der genannten Personen zur hier gegenständlichen Leistungserbringung ist nicht zwingend erforderlich.
 - Nachweise über gültige Zertifizierungen im Bereich Qualitätsmanagement (z. B. DIN EN ISO 9001 oder vergleichbar) und Sicherheitsmanagement (z. B. DIN 77200 oder vergleichbar).
- Minimum level(s) of standards possibly required:
- Anlage 9 Referenzliste: Mindestens zwei Referenzprojekte müssen eine durch den Bieter als Hauptvertragspartner des Trägers (keine Subunternehmer-Tätigkeit) gesicherte Asylsuchenden-Aufnahmeeinrichtung sein, in der während der Vertragslaufzeit für eine Dauer von mindestens 6 Monaten durchschnittlich mindestens 500 Personen untergebracht waren.

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Open procedure Accelerated procedure Justification:

Der Leistungsbeginn muss zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, insbesondere zum Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner der Einrichtung, zwingend am 16.10.2023 erfolgen. Der Bedarf ist kurzfristig entstanden und dem Auftragnehmer muss im Falle des Zuschlags ausreichend Zeit zur Personalgewinnung verbleiben.

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: no

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 31/07/2023 Local time: 12:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 22/08/2023

IV.2.7. Conditions for opening of tenders

Date: 31/07/2023 Local time: 12:00

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: yes

VI.2. Information about electronic workflows

Electronic ordering will be used

Electronic invoicing will be accepted

Electronic payment will be used

VI.3. Additional information

Bekanntmachungs-ID: CXR6YYGYHR5

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer Baden-Württemberg

Postal address: Durlacher Allee 100

Town: Karlsruhe

Postal code: 76137

Country: Germany

E-mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telephone: +49 721926-8730

Fax: +49 721926-3985

Internet address: <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpk/Abt1/Ref15/Seiten/default.aspx>

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Ein bei der Vergabekammer eingereichter Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

(siehe § 160 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1-4 GWB).

Die Unwirksamkeit eines öffentlichen Auftrages wegen eines Verstoßes gegen § 134 GWB oder einer fehlenden vorherigen Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

(siehe § 135 Abs. 2 GWB).

VI.4.4. Service from which information about the review procedure may be obtained

Official name: Vergabekammer Baden-Württemberg

Postal address: Durlacher Allee 100

Town: Karlsruhe

Postal code: 76137

Country: Germany

E-mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telephone: +49 721926-8730

Fax: +49 721926-3985

Internet address: <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpk/Abt1/Ref15/Seiten/default.aspx>

VI.5. Date of dispatch of this notice

14/07/2023